

Bern



Legaler Hanf
Verkäufer Danilo Gervasi bemerkt ein Nachlassen des Trends. 17

«So plant man keine Stadt»

Die Stadt Bern habe den Wettbewerb für das Viererfeld «grundsätzlich falsch» aufgezogen, halten Berner Architekten und Ingenieure in einem Brief an den Stadtpräsidenten fest. Dieser weist die Vorwürfe zurück.

Bernhard Ott

Einen Tag vor der heutigen Publikation des städtebaulichen Wettbewerbs zum Viererfeld haben sich gestern fünfzig Berner Architekten und Ingenieure zu Wort gemeldet. Sie machten einen offenen Brief an Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL) von Ende Dezember publik, in dem das von der Stadt ge-

«Wir wollen nicht ein einfaches Ergebnis.»

Alec von Graffenried (GFL), Stadtpräsident

wählte Verfahren als «grundsätzlich falsch» kritisiert wird. Sauer aufgestossen sind den Berner Architekten Aussagen von Stadtplaner Mark Werren, die dieser in einem Interview mit dem «Bund» gemacht hatte. Werren sagte, dass die Jury des städtebaulichen Wettbewerbs eine Vorauswahl von 25 Teams treffen werde, die Pläne für den Städtebau, den Stadtteilpark und einen Teil der Wohnbauten entwerfen könnten. Das Team, das den Städtebau gewinne, werde anschliessend gemeinsam mit der Stadt den Masterplan fürs neue Quartier ausarbeiten. «Wir wünschen uns die besten Teams», sagte Werren.

«Aufgeladene Anforderungen»

Für die Verfasser des Briefs ist dieses Vorgehen «nicht nachvollziehbar». Ein städtebaulicher Wettbewerb habe sich in erster Linie auf städtebauliche Aspekte und öffentliche Räume zu beschränken und nicht bereits auf die Frage der Architektur einzugehen, halten sie fest. Anstelle eines Wettbewerbs mit «aufgeladenen Anforderungen», der auf interdisziplinäre Teams aus Architekten, Landschaftsarchitekten, Verkehrsplanern und Soziologen zugeschnitten sei, brauche es einen «offenen städtebaulichen Wettbewerb mit einfachen Rahmenbedingungen» und die besten Ideen «engagierter Fachleute», schreiben die Verfasser im Brief.

Das Vorgehen der Stadt sei «echt enttäuschend», sagt Patrick Thurston, Mitunterzeichner des Briefs und Vorsitzender der Berner Sektion des Bundes Schweizer Architekten (BSA). «So plant man keine modellhafte Stadt für das

21. Jahrhundert.» Die Planerverbände hätten sich von Anfang an für ein offenes und einfaches Verfahren für das ganze Viererfeld eingesetzt. Natürlich sei es eine Vorgabe des Kantons gewesen, die Hälfte des Areals als Stadtteilpark unbebaut zu lassen. «Trotzdem hätte man übers Ganze planen können.» Schliesslich gehe es im Viererfeld um den Bau eines neuen Stadtteils. Die Stadt Bern habe eine lange Tradition vorbildhaften Städtebaus von der Altstadt bis zum Tscharnergut. «Auch das Viererfeld sollte städtebaulichen Modellcharakter haben», sagt Thurston.

«Wollen nicht so lange warten»

Für Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL) kommt die Kritik schlicht «zu spät», wie er in einem Antwortschreiben an die Architekten festhält. Die Art des Wettbewerbs sei in den verschiedensten Gremien einlässlich diskutiert worden – auch mit den Planerverbänden. Die mehrheitlich aus Mitgliedern dieser Verbände bestehende Wettbewerbsjury habe das Programm verabschiedet. Inhaltlich sei das Anliegen der Durchführung eines einfachen und offenen Wettbewerbs zwar «teilweise berechtigt». Aber es gebe eben auch «triftige Gründe» für das gewählte Vorgehen. Einer der Hauptgründe sei der Zeitdruck: «Wenn wir die Verfahren staffeln würden, so wie es Ihnen vorschwebt, würden wir vielleicht in zehn Jahren mit Bauen beginnen», hält der Stadtpräsident fest. «So lange wollen und können wir nicht mehr warten.» Auch seien die Anforderungen an ein neues Stadtquartier komplex. «Die Architekten schlagen ein einfaches Verfahren vor. Wir wollen aber nicht ein einfaches Ergebnis», präzisiert der Stadtpräsident auf Anfrage. Es gebe in der Tat «aufgeladene Erwartungen» an die interdisziplinären Teams, etwa zur Aktivierung der Erdgeschosse, zur Segmentierung des Wohnungsangebots oder zur Unterbringung der Velos. Kleine Büros müssten sich dabei halt mit auswärtigen Büros zusammenschliessen, um ihre Gewinnaussichten im städtebaulichen Wettbewerb zu verbessern.

Projektwettbewerbe folgen später

Von Graffenried weist im Übrigen darauf hin, dass im nun lancierten städtebaulichen Wettbewerb erst ein Drittel der geplanten 1200 Wohnungen vergeben würden. Für die übrigen zwei Drittel der Wohnungen würden nach Abgabe der Baurechte an Investoren ab 2020 Projektwettbewerbe durchgeführt. «Da haben auch kleine Büros eine Chance, einen Wettbewerb zu gewinnen», sagt von Graffenried.



Grosses Feld, grosse Pläne: Am Viererfeld scheiden sich die Geister. Foto: Adrian Moser

Velobrücke beim Viererfeld

«Schon jetzt muss die Erweiterung des Viererfelds geplant werden»

Der frühere kantonale Denkmalpfleger Jürg Schweizer zeigt sich begeistert von der Idee einer richtigen Viererfeldbrücke.

Sophie Reinhardt

Ein Viererfeldboulevard, eine neue Brücke zwischen zwei Berner Quartieren und ein Stadtplatz im Wyler, das schwebt dem Berner Architekten Arpad Boa vor («Bund» von gestern). Nun bekommt der Vorschlag einer richtigen Brücke zwischen Länggasse und Nordquartier statt einer Fussgänger- und Veloverbindung prominenten Rückhalt. Der «Baustellen»-Kolumnist des «Bund» und ehemalige kantonale Denkmalpfleger Jürg Schweizer unterstützt die Idee: «Dem Vorstoss zum Bau einer richtigen Viererfeldbrücke ist vorbehaltlos beizupflichten», sagt Schweizer. Man müsse sich bei der Viererfeldplanung die Frage stellen, was die wesentlichen Elemente seien, die zum Bau eines guten Stadt-

quartiers führten, sagt der Architekturhistoriker. «Wenn wir von den geglückten Quartierplanungen lernen wollen, so sehen wir, dass der am Anfang festgelegte Verlauf der Strassen und ihre Hierarchie die wichtigsten quartierbestimmenden Elemente waren.» Weiter merkt Schweizer an, dass ein städtisches Quartier eine vernünftige, durchlaufende Verkehrsführung brauche, «sonst entsteht bloss eine angehängte Siedlung».

Der Vater der Idee der ausgebauten Velobrücke, Arpad Boa, sieht bei seinem Vorschlag den Vorteil, dass Busse auf der Brücke verkehren könnten: Passagiere zwischen Länggasse und Breitenrain müssten nicht am Bahnhofplatz umsteigen. Die Stadt möchte auf dem Viererfeld und dem benachbarten Mittelfeld ein neues Stadtquartier für rund 3000 Menschen schaffen.

Stadtquartier statt Agglo-Siedlung

«Niemandem wäre es um 1900 eingefallen, den Breitenrain nur mit einem Fussgänger- und Velosteg zu erschliessen», sagt Schweizer. Der Erfolg der Quartiere

auf beiden Seiten des Aaregrabens sei wesentlich von den grossen Brücken und damit von der Anbindung an den Stadtorganismus abhängig gewesen. Während die Stadt heute die Unterlagen zum Projektwettbewerb aufschaltet, denkt der ehemalige Denkmalpfleger aber bereits einen Schritt weiter: «Soll das neue Viererfeld keine Agglomerationssiedlung, sondern ein Stadtquartier werden, so muss bereits jetzt seine Erweiterung geplant werden.» Ihm sei unverständlich, wieso das Feld halbiert worden sei. Wer heute plane, müsse davon ausgehen, dass bis in drei Jahrzehnten die Überbauung fortzusetzen sei, wobei ein Ganzes entstehen müsse.

Auch Waldstadt einplanen

«Die Strassenpläne geglückter Planungen vor und nach 1900 griffen weit über den Bedarf eines Planungshorizonts von 20 Jahren hinaus, im Wissen, dass Städtebau Zeit braucht, aber entsprechende Festlegungen rechtzeitig erfolgen müssen, soll nicht Stückwerk entstehen.» Doch wie stellt er sich die Weiterentwicklung vor? Zwar sei die Idee Waldstadt

Bremer im Augenblick schubladiert. Ohne Zweifel werde das Thema aber wieder aufgegriffen, ist sich der ehemalige Denkmalpfleger sicher. Der Strassenplan im Viererfeld sollte deshalb nicht nur die Überbauung des ganzen Felds, sondern auch des heutigen Waldgebiets zwischen Bremgartenstrasse und Autobahn inklusive deren Überdeckung berücksichtigen. Das Viererfeld mit seiner grossen Nähe zum Zentrum und den guten Anbindungsmöglichkeiten sei viel zu kostbar, um als «Schlafsiedlung» zu enden. Beliebig viele gute Möglichkeiten zu einer effektiven Stadterweiterung habe Bern nicht. Es sei nun der Augenblick, die Chance zu packen, sagt Schweizer.



Jürg Schweizer
Ehemaliger kantonalen Denkmalpfleger

Tramgegner ziehen vor Bundesgericht

Die Botschaft zur Tramabstimmung sei «einseitig». Notfalls wollen die Gegner der Vorlage die Abstimmung darum verschieben.

Die Gegner des Trams von Bern nach Ostermundigen haben beim Bundesgericht eine Beschwerde gegen die Botschaft zur kantonalen Abstimmung vom 4. März eingereicht. Sie finden, die Botschaft sei punktuell einseitig, teilweise falsch und «manipuliere» die Abstimmenden. Wie sie gestern mitteilen, ist ihr Ziel, dass der Kanton Bern die Unterlagen zum geplanten Tram teilweise neu erarbeitet und «vervollständigt». Beispielsweise stützten sich die Aussagen des Kantons Bern über die Wirtschaftlichkeit des Projekts auf Studien und Daten des gescheiterten Trams Region Bern.

Dabei sei doch der seinerzeit geplante, nun nicht mehr zur Diskussion stehende Ast nach Köniz eben nicht mehr Bestandteil der aktuellen Vorlage. Auch Informationen zu den Kosten, zur allfälligen Notwendigkeit einer zweiten Tramachse in der Stadt Bern und zu den betroffenen Alleebäumen kritisieren die Tramgegner. Es sei nötig, dass eine unabhängige Instanz die Kritik an der Abstimmungsbotschaft prüfe.

Aufschiebende Wirkung verlangt

Die Beschwerde stammt von Mitgliedern jenes Komitees, das gegen den Entscheid des bernischen Grossen Rats zur Beteiligung des Kantons Bern am Tramprojekt das Referendum ergriffen hat. Im Juni des vergangenen Jahres sagte das Kantonsparlament Ja zum Kredit von 102 Millionen Franken. Die Beschwerdeführer haben die Beschwerde ans Bundesgericht am Montag abgeschickt, wie Hans-Martin Bürki-Spycher sagte. Er ist Mitglied der Co-Leitung des Referendumskomitees. Die Beschwerdeführer verlangen in ihrer Eingabe, dass das Bundesgericht der Beschwerde aufschiebende Wirkung zuerkennt. In der Beschwerde sei formuliert worden, das Bundesgericht solle prüfen, ob der Abstimmungstermin eventuell zu verschieben sei, so Bürki-Spycher.

Bei der Berner Staatskanzlei hiess es, der Kanton könne keine Stellung nehmen. Die Verwaltung habe noch keine Kenntnis von der Beschwerde. Urheber der Abstimmungsbotschaft ist formell gesehen der bernische Grosse Rat. Am 4. März entscheidet das Stimmvolk des Kantons Bern über zwei Vorlagen: Über den Kantonsbeitrag ans Tramprojekt und über die Volksinitiative «Für demokratische Mitsprache - Lehrpläne vors Volk!» (sda)

Beschwerden gegen Jus-Prüfung an Uni Bern abgelehnt

Dass eine umstrittene Jus-Prüfung an der Universität Bern wiederholt wurde, war rechtens. Zu diesem Schluss kommt die Rekurskommission, die sieben Beschwerden abwies. Die ursprüngliche Prüfung sei nicht valide gewesen, schreibt die Kommission. Eine Professorin an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät hatte im vergangenen Juni eine Prüfung im Fach Schuldbetreibungs- und Konkursrecht gestellt. Der Test war praktisch identisch mit einer Prüfung aus dem Jahr 2013. Die Prüfungsfragen mitsamt Lösungsraster waren im Internet für Studierende einfach erhältlich. Nach Eingeständnis des Fehlers ordnete die Fakultät eine Wiederholungsprüfung an. «Bei einer Leistungskontrolle muss man diejenigen, die es können, von denjenigen, die es nicht können, unterscheiden», sagte Professor Kurt Nuspliger, Präsident der Rekurskommission. Die erste Prüfung sei keine echte Kontrolle der Fähigkeiten und Kenntnisse gewesen. (mck)